

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Der Verlag, erteilt Aufträge übernehme wir keine Gewähr. Inhalt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Einreise, ob. Konfusion hinfallig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge des Gewalts od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung. Die einseitige Zelle oder deren Raum 15 Pfg., die Restameile 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 8780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321

Nummer 72

Altensteig, Montag, den 27. März 1933

56. Jahrgang

Was die Notverordnung bringt

Del- und Fettmonopol

Im Reichsgesetzblatt vom Freitag wird als Notverordnung des Reichspräsidenten vom 23. März, also nicht unter Bezugnahme auf das neue Ermächtigungsgesetz, die erwartete Neuordnung der Fettwirtschaft veröffentlicht, die zunächst den handelspolitischen Abschluß dessen darstellt, was der Reichspräsident in seiner Volkshoheit vom März 1930 für die Gesundung der Landwirtschaft angekündigt hatte.

Die Verordnung bringt im wesentlichen folgende Maßnahmen:

1. Die Kontingentierung der Erzeugung von Margarine, Gelmin und dergl. auf 50 n. H. des Erzeugungsdurchschnittes von 1932 mit sofortiger Wirkung.
2. Die Ermächtigung für die Reichsregierung, dieses Kontingent nach Bedarf zum Ausgleich von Härten gegebenenfalls um weitere 10 n. H. zu erhöhen, also bis zu 60 n. H. der Erzeugung von 1932.
3. Das Auslandsfett dieser Art wird mit einer Steuer von 20 Pfg. je Pfund belastet, ersichert also eine Belastung, die der Höhe des Schmalzpreises entspricht.
4. Für weite Bevölkerungskreise werden Fett-Verbilligungskarten ausgegeben, und zwar nicht etwa nur für Erwerbseinkommen, sondern unter sorgfältiger Abgrenzung des Bereiches der Antragsberechtigten für einen Kreis von voraussichtlich 25 bis 30 Millionen Menschen, also annähernd der Hälfte der deutschen Bevölkerung.
5. Die Rohstoffe für Margarine und Speisefette und Erzfärbstoffe werden einer Monopolbewirtschaftung unterstellt und zwar nach dem Muster des Reismonopols, so daß an sich die privatwirtschaftliche Handelsmöglichkeit uneingeschränkt bleibt und nur eine Kontrolle nach dem Umfang und dem Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses ermöglicht wird, um auch hier die Fettversorgung elastisch gestalten zu können. Dabei kann eine Monopolabgabe erhoben werden, die wenigstens zunächst nur bescheidenen Umfang haben soll.
6. Sämtliche Futtermittel, also auch die eimeißhaltigen Futtermittel, insbesondere Vellfäden und dergl., werden der Bewirtschaftung durch das Reismonopol unterstellt.
7. Die in der Dezember-Notverordnung gegebene Ermächtigung zur Einführung der Butterbeimischung bei Margarine wird nicht aufgehoben, so daß die Maßnahmen auch in dieser Richtung jederzeit ergänzt werden können.
8. Es wird Vorsorge dafür getroffen, daß die Margarine unabhängig von der sonstigen Regelung der Fettwirtschaft jedenfalls für die Erwerbslosen häufig angemessen billig gehalten wird.
9. Die Regierung erhält die Möglichkeit, weitere Maßnahmen zur technischen Regelung der Margarineerzeugung, des Verkehrs mit Margarine und des Margarinerverbrauches zu treffen. Die Vollmachten, die im Augenblick noch nicht ausgenutzt werden, beziehen sich besonders auf das Verbot der heute üblichen Färbung der Margarine, der künstlichen Feigabe von Butteraroma, auf die Verpackungsort von Margarine und auf die Verpflichtung der Geschäftsführer, etwaige Margarineverfälschungen bei der Zubereitung von Speisen durch öffentlichen Ausschank und Ausgabe auf der Speisekarte zu deklarieren.

Gegen Uberteuern von Margarine und Rumpfspeisefett

Berlin, 26. März. Im Hinblick auf die am 23. März 1933 erlassene Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel gibt der Reichskommissar für Preisüberwachung bekannt, daß er die Preisbildung für Margarine und Rumpfspeisefette in der nächsten Zeit mit ganz besonderer Aufmerksamkeit verfolgen wird. Gegen Uberteuern wird mit allem Nachdruck, gegebenenfalls mit der Schließung von Betrieben, die unerschwerliche Preise für diese Lebensmittel fordern, vorgegangen werden. Vor einer spekulativen, preistreibenden Vorratsvermehrung wird gewarnt, eine Kohlensteuerung der Vorräte beim Handel ist bei Inkrafttreten der Ausgleichsabgabe für Margarine und Rumpfspeisefette vorgegeben.

Harzburgs Ehrenbürgerrecht für die Gründer der nationalen Front

Bad Harzburg, 26. März. Der Rat der Stadt Bad Harzburg hat folgende Telegramm an die ausländischen Berliner Stellen geschickt: „Die Stadt Bad Harzburg, als die Geburtsstätte der nationalen Front, bittet den Herrn Reichskanzler und die Herrn Reichsminister Dugenberg und Selde, das Ehrenbürgerrecht anzunehmen.“

Das Gesetz über die Gleichschaltung

Berlin, 26. März. Das Gesetz über die Gleichschaltung der Vertretungen der Länder und Gemeinden mit dem Reichstag liegt dem Reichskanzler bereits vor. Man rechnet mit dem Vollzug des Gesetzes unmittelbar nach der Rückkehr des Reichskanzlers von München, so daß die Veröffentlichung am Dienstag erfolgen kann. Das Gesetz sieht in allen Ländern und Gemeinden, die am 5. März nicht gewählt haben, also ausschließlich Preußen, vor, daß unter Zugrundelegung des Reichstagswahlresultates vom 5. März die politischen Vertretungen der Länder und Gemeinden neu zusammengesetzt werden. Eine Wahl wird nicht erfolgen, da die Beanspruchung der öffentlichen Gelder und der Bevölkerung überhaupt durch einen abermaligen Wahlgang als nicht mehr erträglich erscheint. Daher werden die Parteien Listen einreichen, und auf Grund der Wahlergebnisse vom 5. März werden dann den Parteien soviel Abgeordnete zugewilligt werden, als bei der Umrechnung des entsprechenden

Wahlergebnisses in einem Land oder in einer Stadt für die Partei herauskommt. Damit ist die völlige Gleichschaltung von Reich und Ländern, was die politischen Machtverhältnisse angeht, auf sozusagen rechnerischem Wege erreicht.

Die größte Bedeutung hat die Neuordnung für Bayern, wo die Bayerische Volkspartei ihre bisher ausschlaggebende Stellung verloren hat. Sie geht von 45 auf 37 Mandate zurück, während gleichzeitig die Nationalsozialisten von 43 auf 57 Mandate steigen. Die Deutschnationalen gewinnen zu ihren bisherigen 3 Sitzen 2 weitere, und die beiden Regierungsparteien würden — da die Kommunisten ausfallen — vermutlich auch in Bayern unter dem neuen Landtag eine Mehrheit für eine von ihnen gebildete Regierung stellen können. Die Bayerische Volkspartei steht also vor der Gefahr, daß sie vollständig ausgeschaltet wird, wenn sie nicht zu einer Vertändigung mit den Nationalsozialisten die Hand reichen sollte.

Dr. Ehrup statt Gereke

Berlin, 26. März. Nachdem der bisherige Arbeitsbeschaffungskommissar Dr. Gereke auf Grund seiner Verhaftung wegen privater Verfehlungen seiner Funktionen entkleidet worden ist, wird, wie wir hören, vorläufig der frühere Arbeitsminister und Präsident der Reichsversicherungsanstalt, Dr. Ehrup, das Amt eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung übernehmen.

Zu der Verhaftung Dr. Gerekes teilt die „Kreuzzeitung“ mit, die Aufklärung der Angelegenheit sei dadurch in Sicht gekommen, daß Dr. Gereke einen Buchhalter beauftragt haben soll, bestimmte Bücher jenseitig unter Verschluss zu halten und sie nötigenfalls zu verbrennen, falls von Dritten ihre Herausgabe gefordert werden sollte. Diese Angelegenheit habe den Angeklagten so bedrückt, daß er sich schließlich seinem Vorgesetzten Ministerialrat Schellen anvertraute. Die von diesem eingeleitete Untersuchung, so sagt das Blatt, ergab dann die Anklagepunkte. Unter anderem sollen 400 000 RM., die als Ausgabe an die Landvolkpartei beim Landgemeindetag verbucht waren, bei der Landvolkpartei nicht eingegangen sein. Insgesamt sollen die Teilbeträge nahezu den Betrag von 2 Millionen erreichen. Samstag nachmittag wurde Dr. Gereke dem Verwaltungsrichter im Polizeipräsidium vorgeführt, der gegen den früheren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Haftbefehl wegen Unterschlagung in zahlreichen Fällen erlassen hat. Dr. Gereke wurde in das Reichsgefängnis Unter den Eichen eingeliefert.

Ein Pazifisten-Nest ausgehoben

Berlin, 26. März. Wie der „Völkische Beobachter“ meldet, ist vor acht Tagen die Berliner Zentrale des Pazifisten Prof. Föder-Paris, die sich in der Wohnung seines „politischen Beauftragten“ Hans Schwann befand, der zugleich der „Verbindungsman“ zwischen Berlin-Warschau-Paris-Paris war, ausgehoben worden. Als Sonntag nachmittag eine SA-Hilfswachmannschaft in die Wohnung Schwanns eindringen sei, sei Schwann bereits nach Paris geflohen gewesen, und zwar laut Aussage von Frau Schwann, „um mit Prof. Föder die Lage zu beraten.“ Das in dem Büro Schwanns vorgefundene Material, unter dem sich auch Kartotheken für Polen, Frankreich und die Tschechoslowakei befanden, habe bereits bei flüchtiger Durchsicht ergeben, daß diese Landeszentrale seit Jahr und Tag mit unerhörter Planmäßigkeit gegen die Interessen des deutschen Volkes gearbeitet habe und stets mit politischen, französischen und tschechischen Stellen in Verbindung gewesen sei. Zahllose prominente Reichsbannerpazifisten seien an den Beratungen beteiligt gewesen.

Reichskanzler-Besuch in Berchtesgaden

Berchtesgaden, 26. März. Anschließend an die Gemeinderats-Sitzung, in der der Reichspräsident und der Reichskanzler zu Ehrenbürgern von Berchtesgaden ernannt wurden, wurde am Grab des Freiheitsdichters Dietrich Eckart ein Kranz niedergelegt. Derauf fand im Kurpark ein Festakt statt. Die eindrucksvolle Feier schloß mit dem Horst-Wessel-Lied. In diesem Augenblick kam Reichskanzler Hitler in Berchtesgaden an. Unter Wälfersbüschen und jubelnden Zurufen wurde der neue Ehrenbürger von Berchtesgaden von der begeistertsten Menschenmenge, die eben von dem Festakt kam, empfangen. Bald war das Auto des Reichskanzlers umringt. Nachdem der Reichskanzler für die Ovation durch freundliches Grinsen dankt hatte, setzte das Auto seine Fahrt nach München fort.

Der „Angriff“ gegen die Grenzhege

Berlin, 26. März. Der „Angriff“ erläßt „ein letztes Warnungsschreiben“ gegen die Grenzlorsoogänge, indem er u. a. schreibt: „Die letzten Tage haben bewiesen, daß sich sowohl außerhalb als auch innerhalb der deutschen Grenzen wieder kommunistische Gruppen von Landesverrätern an eine unerbittliche Schmutz- und gemeine Arbeit begeben haben. Wir kennen die Kreise, aus denen sich die landesverräterischen Kreaturen rekrutieren, sehr genau. Und wir können versichern, daß das deutsche Volk nicht gesonnen ist, sich das verbrecherische Treiben dieser moralisch völlig minderwertigen Söldlinge noch länger talentlos mitanzusehen. Wir sind durchaus gewillt, von unserer Kenntnis im Bedarfsfalle entsprechenden Gebrauch zu machen.“

Auflösung der Reichstagsfraktion der SPD?

Berlin, 26. März. Nach einer Mitteilung ist in der letzten Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von einigen Abgeordneten die Erregung geäußert worden, auf jede parlamentarische Tätigkeit zu verzichten und gewissermaßen die Auflösung der sozialdemokratischen Fraktion zu beschließen. Der Antrag ist zurückgewiesen worden, und eine Mehrheit der Fraktion beschloß, an den Reichstagsmandaten zunächst festzuhalten. Eine neue Fraktionsstimmung ist allerdings für die nächste Zeit nicht in Aussicht genommen. Von sozialdemokratischer Seite war bisher eine Erklärung zu dieser Angelegenheit nicht zu erlangen.

Neue Oberpräsidenten in Preußen

Berlin, 26. März. Wie amtlich mitgeteilt wird, haben die Kommissare des Reiches für Preußen folgende Oberpräsidenten neu bestellt:

1. Anstelle des Oberpräsidenten Dr. Walter ist der nationalsozialistische Fraktionsführer des Preussischen Landtages, Wilhelm Rube, zum Oberpräsidenten von Brandenburg und von Berlin ernannt worden.
2. Anstelle des Oberpräsidenten Dr. Graf von Degenfeld-Schonburg ist der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Helmuth Brückner zum Oberpräsidenten von Niederschlesien ernannt worden.
3. Anstelle des Oberpräsidenten Dr. Thon ist der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Heinrich Dohse zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein ernannt worden.
4. Anstelle des Oberpräsidenten Buchs ist der Präsident der Landwirtschaftskammer in Bonn, Hermann Freilich, zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt worden.
5. Zum Oberpräsidenten von Hannover ist der Volksrechtler Dr. Rube ernannt worden.

Vorläufig keine Gehaltsgahlung an die frühere Regierung Braun

Berlin, 26. März. Wie das Nachrichtenbüro des Reiches meldet, haben die zuständigen Stellen veranlaßt, daß im Zusammenhang mit den Nachforschungen nach dem Verbleib des Zweimillionenbonds vorläufig keinerlei Gehaltsbesüsse an die Mitglieder der früheren preussischen Regierung Braun ausgeschüttet werden. Die früheren Staatsminister beabsichtigen, ihre Rechtsmittel bei der Zahlungsabklärung anzumelden.



Genfer Beratungen über Macdonalds Abrüstungsplan

Genf, 25. März. Im Hauptsaal der Abrüstungskonferenz begann die allgemeine Aussprache über den Abrüstungsplan Macdonalds. In diesen Beratungen war der englische Außenminister eigens im Flugzeug nach Genf gekommen. Die Sitzung begann mit einer Ueberragung. Während man höher der Meinung war, daß nach Abschluß der allgemeinen Aussprache in zwei bis drei Tagen die Konferenz sich bis nach Ostern vertagen würde, teilte Henderson mit, daß beabsichtigt sei, vor Ostern auch noch mit der arbeitsweisen Beratung des Entwurfs zu beginnen. Die Motive, die Henderson zu diesem etwas plötzlichen Prozedurwechsel veranlaßt haben, sind nicht recht ersichtlich. Einen positiven Beitrag zur Förderung und Beschleunigung der Arbeiten hat die Debatte nicht ergeben. Es war bezeichnend, daß die Vertreter der Großmächte sich völlig zurückhielten und daß nur Vertreter kleinerer und mittlerer Mächte zu Worte kamen. Sie lasen Erklärungen vor, die alle dahin übereinstimmten, daß der englische Entwurf als Basis für eine Konferenz angenommen werden könne.

Eine Erklärung der Kleinen Entente zum Vorschlag Mussolinis

Genf, 26. März. Der Ständige Rat der Kleinen Entente veröffentlichte eine Erklärung, die sich unmissverständlich gegen das in Rom in Aussicht genommene Abkommen wendet. Insbesondere wird bedauert, daß darin der Gedanke einer Revision der Friedensverträge zum Ausdruck gekommen sei; eine solche Revisionsschritt werde unermesslich unerwünschte Widerstände hervorrufen und sei geeignet, die Nationen zu beunruhigen und das für eine Zusammenarbeit notwendige Vertrauen zu ähren.

Ansehenerregende Festnahmen in Baden

Während der Persönlichkeiten der Badischen landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft verhaftet

Karlsruhe, 26. März. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Führende Persönlichkeiten der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Karlsruhe, nämlich Präsident und Generalsekretär Keibel, Generalsekretär Birks, Oberbuchhalter Weiß, Direktor Kandel, Direktor Pilger und Generalsekretär Sellmann sind im Laufe des Freiens auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Karlsruhe wegen Verdachts der Untreue und Unterschlagung vorläufig festgenommen und am Samstag dem Untersuchungsrichter zur Vernehmung vorgeführt worden. Gegen einen Teil der Genannten ist bereits Haftbefehl erlassen. Im Laufe des Monats wird entschieden werden, ob die Festnahmen wegen Verdunkelungsgefahr anrecht erhalten werden oder nicht.

Den Genannten wird vorgeworfen, teils gemeinschaftlich als Beschlussmehrheit über Vermögensstücke ihres Antragsnehmers, nämlich der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft, absichtlich zu deren Nachteil veräußert und meist in Lateinisch hiermit fremde beweisliche Sachen, die ihnen anvertraut waren, sich rechtswidrig angeeignet zu haben.

Im Einzelnen wird bekannt, daß eine Reihe von Beiträgen, die an sich der Zentralgenossenschaft hätten zufließen müssen, von den Genannten zu persönlichen Zwecken aufsteckt und verwendet worden seien. Außerdem wird der Vorwurf erhoben, daß Gegenstände des persönlichen Gebrauchs zu Kosten der Zentralgenossenschaft beschafft wurden. Unter anderem wird auch der Vorwurf erhoben, die verantwortlichen Leiter der Warenzentrale hätten fälschlich Großfirmen gegen Gewährung persönlicher Vorteile in aufwändiger und nicht faulmännischer Weise zum Nachteil der Zentralgenossenschaft Vorteile verschafft. Mit Rücksicht auf den Stand der Ermittlungen und auf die im Gange befindliche Untersuchung, können nähere Einzelheiten einwirken nicht bekanntgegeben werden. Es wird dafür Sorge getragen, daß die Öffentlichkeit über die Vorgänge im Einzelnen auf des Genauste unterrichtet wird und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaftsbank wie überhaupt die ländlichen Genossenschaften in keiner Weise an den Vorfällen beteiligt sind. Soweit sich bisher überblicken läßt, wird lediglich anen führende Persönlichkeiten der Vorwurf erhoben, sich zu Lasten der von ihnen betreuten Verbände persönliche Sonderprivilegien verschafft zu haben.

Abbau der Spitzengestalt in Baden

Karlsruhe, 26. März. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 83) verordnet vorbehaltlich endgültiger Resolution der Reichsregierung für das Staatsministerium im Namen des badischen Volkes aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung was folgt:

§ 1. Die Dienstbesize der Beamten und Angestellten des Landes, die Kassenbesize und die Hinterbliebenenbesize dürfen bis zum Betrage von 1000 RM. im Monat anbezahlt werden.

§ 2. Die Vorschriften des Paragraphen 1 sind auch für die Zahlung der entsprechenden Besize durch die Gemeinden, Gemeinverbände und die sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1933 in Kraft.

Gruppenführer Ludin Sonderkommissar und oberster SS- und SA-Führer für Baden

Karlsruhe, 26. März. Der oberste SA-Führer hat den Gruppenführer Ludin zum Sonderkommissar für Baden bestimmt. Damit tritt die gesamte SA, SS und Hitlerjugend unter seinen Befehl. Das Tragen von Waffen jeglicher Art in sichtbarer Form ist auf Anordnung des Gruppenführers der SA und kommunalen Polizei sowie der durch eine selbstständige Krimbande leitend gemachten Volkswacht gestattet. Zeitliche leitende Handlung, Verhaftungen, Waffenbeschaffung, Be-

lehren und Schließung öffentlicher wie privater Gebäude ist untersagt. Bei Gefahr im Verzuge entscheidet der Standortführer bzw. der öffentliche Standortführer im Einvernehmen mit den Polizeistellen. Weiterhin hat Gruppenführer Ludin als Sonderkommissar der obersten SA-Führung einen Sonderbefehl herausgegeben, wonach eine scharfe Kontrolltätigkeit durch SA- und SS-Streifen einleitet, die sich vor allem gegen das unbedachte Tragen von SA- und SS- und Parteiflaggen und -abzeichen richtet.

Neues vom Tage

Die Verfassungstafel vom Weimarer Nationaltheater entfernt

Weimar, 26. März. Auf Anordnung des thüringischen Volksbildungsministers Bächtler wurde die am linken Haupteingang des Deutschen Nationaltheaters angebrachte Verfassungstafel, die an die Verfassung von Weimar erinnerte, abgenommen. Die Tafel hatte folgende Aufschrift: „In diesem Hause gab sich das deutsche Volk durch seine Nationalversammlung die Weimarer Verfassung“.

Bayton für Rückgabe des Korridors

London, 26. März. Sir Walter Bayton setzt sich in einem Artikel über die Fragen der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages in News Chronicle für Rückgabe des polnischen Korridors bei gleichzeitiger Internationalisierung der Eisenbahn nach dem Hafen Gdingen, der Polen verbleiben solle, ein. Deutschland solle dafür die Agitation für eine Rückgabe Ober-Schlesiens aufgeben.

Hauseinsturz durch Explosion in Wandobek Drei Todesopfer?

Wandobek, 26. März. In dem zweistöckigen Haus Kampstraße 46 ereignete sich aus bisher noch nicht geklärter Ursache eine folgenschwere Explosion, durch die das Haus vollkommen zerstört wurde und in sich zusammenbrach. In weitem Umkreise sind die Fenstergehäusen zertrümmert. Die in dem Hause wohnenden drei Personen dürften bei der Explosion ums Leben gekommen sein. Die Menschen auf der Straße wurden zu Boden geschleudert. Bisher sind drei Männer und zwei Frauen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Ein Pferd wurde durch den Aufschlag auf der Straße getötet. Die Straße bietet einen trübsamen Anblick, da überall Trümmer umherliegen. Rettungsmannschaften der Feuerwehr und der Sanitätskolonne sind dabei, die Trümmer abzuräumen und nach Verletzten oder Opfern der Explosionskatastrophe zu suchen. Es wird angenommen, daß die Explosion durch Gas entstanden ist, das im Laufe der Nacht ausströmte und Samstag früh zur Explosion gelangte.

Schweres Fluggenunglück — 14 Personen getötet

Oakland (Kalifornien), 26. März. Beim Absturz eines Flugzeuges kamen 14 Personen ums Leben. Unter den Getöteten befindet sich auch der Fliegenführer.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 27. März 1933.

Amtliches. Bestätigt wurde die Wiederwahl des Bürgermeisters Paul Widmann in Güttingen, O.A. Ragold, zum Ortsvorsteher dieser Gemeinde. Berufen wurde Reichsbahnobersekretär Kuggaber in Calw (Reichsbahn-Betriebsamt) nach Friedrichshafen.

Der Ausbau der Ragoldstraße Ragold Altensteig. Die Nachricht, daß es den Bemühungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Stähle-Ragold an zuständiger Stelle in Berlin gelungen ist, die Mittel für den Ausbau des so notwendigen Straßenbaues Ragold-Altensteig bewilligt zu bekommen, hat überall in Stadt und Bezirk große Freude ausgelöst. Näheres hierüber berichtete der Landtagsabg. Böhner-Ragold in der gestrigen in Altensteig stattgefundenen Gauerfammlung der Gewerbevereine, auf dessen Bericht in der heutigen Nummer wir hinweisen.

Luther-Abend. Der gestern abend im Gemeindehaus stattgefundenen Luther-Abend des Christl. Vereins Junger Männer, Jungvolk und Jungchar, war gut besucht. Stadtpfarrer Fischer hielt einen Bilderdarstellung, dem die Teilnehmer großes Interesse entgegenbrachten. Zum Schluß zeigte Jungvolk und Jungcharführer Cremer noch einige Bilder aus dem Väter- und Vereinsleben. Der Abend galt hauptsächlich den Konfirmanden, die sich hoffentlich bald zahlreich in das Jungvolk einreihen werden.

Familienabend des A.D.A.C. Am Samstagabend veranstaltete der Kraftfahrklub Ragoldtal A.D.A.C. im „Waldhorn“ in Berned einen Familienabend mit buntem Programm. Der erste Vorstand, Hauptlehrer Rothmann, begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste aus Altensteig, Berned, Ebbhausen und Ragold. Gaugeschäftsführer Rugler-Stuttgart führte einen während der letztjährigen Südtirolfahrt gedrehten Dolomitenfilm vor. Der Abend ist, wie immer beim A.D.A.C., sehr gemächlich verlaufen.

Nachmittagswanderung des Schwarzwald-Bereins. „O Wanderlust, o Wanderglück, dein will ich nun genießen.“ In dieser Stimmung verjammelten sich gestern Mittag die Mitglieder des Schwarzwaldvereins in großer Zahl, um an der geplanten Nachmittagswanderung teilzunehmen. Bei herrlichem Wetter wurde losgezogen, den Koblhülmweg entlang, durch das reizende Zinsdahl auf die Bönneroberberger Höhe und nach Edelweiser. Eine praktische Vogelzucht hinter dem Schulhaus in Edelweiser ließ uns dort kurz verweilen. Mit frohem Gesang ging es von da bergab und bergauf zur Pfalzgrafenweiler Höhe, wo zu unserer Ueberragung ein umfangreicher Waldbrand in der Richtung Bödingen zu sehen war. In Pfalzgrafenweiler erlang bereits das Feuerlöschlein und die Einwohner schickten sich zu tatkräftiger Hilfeleistung an.

Wir kehrien in dem Gasthaus zur „Schwane“ als müde Wanderer ein und fanden dort gute Stärkung bei fröhlichem und gemütlichem Beisammensein. Die Jungcharführer Altensteigs, die unter der Führung der Herren Leuze und Wirth eine Radfahrt nach Pfalzgrafenweiler unternommen hatten, trafen nun auch in der „Schwane“ ein, wo im Verein mit ihnen manch troches Lied erklang, angeleitet durch Klavierbegleitung des Herrn Hauptlehrer Leuze. Leider vergang die feigegezte Aufenthaltzeit nur zu schnell und es mußte zum Heimgang aufgedröhen werden. Herr Oberamtsbaumeister nahm sich dabei wie immer in dankenswerter Weise besonders der Jugend an. Der Heimweg ging in großer Heiterkeit und nimmermüder Sangeslust voran und in unserem Heimatstädtchen angekommen, nahm die wirklich schöne Wanderung ihren sehr befriedigenden Ausklang. Wald-Heil!

Grüne Baum-Vorfälle. „Im Geheimdienst“ ein verblüffendes, tollkühnes Abenteuer aus dem deutschen Spionagedienst im Weltkrieg. Das denkwürdige deutsche Erlebnisangebot 1916 im Reichstag — Tätigkeit der obersten Deeresleitung und des deutschen Geheimdienstes — Die entsetzte Hölle des Kriegsaufbruches — Generalstab — Spione am Werk — Jarkisches Rußland — St. Petersburg — Bornehme Welt — Adel — Militär — Frauen — Ueberwachungszentrale „Ostrana“. Ein hochinteressanter Film mit ungeheurer Spannung und einem Aufgebot erster Darsteller. (Siehe Inserat.)

Generalversammlung der Gewerbebank Altensteig

Am Samstagabend fand in der Wirtschaft von Albert Bay die Generalversammlung der Gewerbebank Altensteig statt. Direktor Wucherer begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und ehrte das Vorstandsmitglied Wegger für seine thätige Tätigkeit bei der Gewerbebank Altensteig, sowie Kaufmann Fr. Bühler für seine thätige Jugendberieselung zum Aufschwung. Direktor Wucherer überreichte den beiden Jubilaren ein Blumenarrangement und erstattete dann den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Aus demselben ist zu entnehmen, daß trotz der allgemeinen Wirtschaftslage die Bank sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr gut entwickelt hat. Der Reingewinn ist als sehr befriedigend zu bezeichnen und beträgt 12211 Mark; er gibt die Möglichkeit zur Verteilung einer fünfprozentigen Dividende, zur Ausweisung von 2458 Mark an den Reservefond, während der Rest mit rund 1063,12 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Die Bank konnte im verlossenen Jahre sämtliche berechtigzte Kreditansprüche der Mitglieder, soweit die erforderlichen Sicherheiten geboten wurden, erfüllen. Verluste sind im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen. Direktor Wucherer dankte allen Mitgliedern und bittet dieselben, auch im neuen Geschäftsjahr der Bank treu zu bleiben.

Vorstandsmitglied Wegger erläuterte den Bericht durch Bekanntgabe der Beschlüsse und der ausgegebenen Kredite, er dankte zugleich noch für die Ehrung seitens des Direktors und versprach, seine Kraft auch weiterhin zum Besten der Bank zur Verfügung zu stellen. Anschließend gab Kassier Burghard den Bericht, der am 12. u. 13. Juli letzten Jahres vorgenommenen außerordentlichen Revision betraf. Nach den Ausführungen des Kassiers Burghard stellte Dir. Wucherer den gesamten Geschäftsbericht zur Diskussion. Nachdem weder zum Geschäftsbericht noch zur Rechnungsablage Vorimeldungen erfolgten, konnte Direktor Wucherer feststellen, daß die Bilanz genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat für die Geschäftsführung des Jahres 1932 Entlastung erteilt worden sei. Ebenso wurde die Ausschüttung von 5 Prozent Dividende genehmigt. Vorstandsmitglied Wegger gab noch einen sehr interessanten und lehrreichen Rückblick über die finanziellen, politischen und wirtschaftlichen Ergebnisse der letzten Jahre. Direktor Wucherer dankte dem Vortragenden für diese heroortragende Arbeit, es sei eine enorme Leistung, für die er ihm auch seinen persönlichen Dank ausspreche. In der Ergänzungswahl des Aufsichtsrats wurden die drei ausscheidenden Mitglieder Friedrich Kaiser, Karl Silber und August Seeger wiedergewählt. Direktor Wucherer dankte der Generalversammlung für die Wiederwahl dieser Herren, mit welchen er immer sehr gerne zusammenarbeite, weil sie sich mit bestem Wissen und Gewissen für das Wohl der Sache einsetzen.

Kaufmann Fr. Bühler dankte herzlich für die Worte, die ihm Direktor Wucherer anlässlich seiner thätigen Jugendberieselung zum Aufsichtsrat widmete. Es wurde noch beschlossen, dem Paragraphen 2 des Statuts einen Nachtrag beizufügen. Direktor Wucherer empfahl den Mitgliedern einen Vorschlag der Genossenschaftsbank, den Kunden dadurch zu dienen, daß Spargelder bei den Mitgliedern im Hause durch eine zuverlässige Person abgeholt werden. Die Generalversammlung beschloß, dies in Altensteig auch einzuführen.

In seinem Schlusswort sprach Direktor Wucherer den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern für ihre Mitarbeit seinen Dank aus und bat sie, im laufenden Geschäftsjahr sich auch wieder für das Wohl der Gewerbebank einzusetzen. Das Aufsichtsratsmitglied Silber dankte auch im Namen der beiden anderen Herren für ihre Wiederwahl und sprach dem Vorstand, insbesondere Direktor Wucherer, den wohlverdienten Dank aus.

Generalversammlung der Milchliefergenossenschaft Altensteig und Umgebung

Am Samstagnachmittag fand im Gasthaus zum „Dreikönig“ hier die 9. ordentliche Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Gemeindefleher Kalmbach, Egenhausen, eröffnete die Tagung und begrüßte neben den Mitgliedern die Gäste Bürgermeister Ruh-Ebbhausen und den Geschäftsführer Schim-Calm.

Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Er führte dabei u. a. aus, daß das verlossene Jahr eine weitere Verschlechterung der Milchpreise gebracht habe und bis auf 9 3 pro Liter gefallen sei. Die Ursache liege daran, daß über die Hälfte der angelieferten Milch als Verfmilch verwertet werden müsse, für die man nach dem heutigen Butterpreis nur 7,25 3 bekomme. Aber trotz dem niederen Milchpreis müsse man denen entgegenstehen, die für freien Milchhandel eintreten und glauben, einen höheren Preis erzielen zu können. Ohne die Zusammenfassung der Milchproduzenten würde heute der Landwirt wohl kaum mehr als 6 3 pro Liter erhalten. Würde die Genossenschaft nur die Frischmilch abnehmen, was allerdings mindestens drei Ausfalltage mit sich bringen würde, könnte für das Liter vielleicht 13-14 3 bezahlt werden, aber gehalten wäre wohl unseren Landwirten nicht. Vielleicht werde die jegliche Regierung in der Butterfrage mehr durchgreifen, so daß für die Verfmilch wieder mehr erzielt werden könne. Aber so schnell könne das auch nicht bewerkstelligt werden.

In der Debatte zum Geschäftsbericht wurde hauptsächlich gegen das Milchgesetz Stellung genommen und der Vorschlag gemacht, die Milch jäncker an den Ort der Verbrauch zu bringen, ohne die Milch vorher überall zu fällen auf. Was aber vom Vorsitzende für unmöglich erklärt wurde. Der Autocordand sei nicht rentabel.

Zu Punkt 2 und 3 wurde die Jahresrechnung und Bilanz genehmigt. Der Reingewinn mit 31,69 Mark wird zu Zweidrittel den Betriebsrücklagen und zu einem Drittel dem Reservefonds überwiesen. Die gesamten Verwaltungskosten betragen



pro Liter angelieferter Milch 1,67 J. Die Altenteuiger Genossenschaft habe damit an dreizehnter Stelle. Dem Vorstand, Redner und Aufsichtsrat wird Entlastung erteilt.

Punkt 5 Neuwahlen brachte keine Veränderung und wurde Gemeindepfleger Kalmbach-Egenhausen als Vorsteher, Bürgermeister Seeger-Zweberberg als stellv. Vorsteher, sowie die Aufsichtsratsmitglieder Kraker-Berndt, Würster-Gaugenwald und Braun-Egenhausen wiedergewählt, trotzdem sämtlich Ausscheidenden erklärten, gerne einem anderen Platz machen zu wollen.

Nach Genehmigung eines Dienstvertrags mit dem Geschäftsführer, sowie eines Mietvertrags mit Mich. Schierle, sprach der Geschäftsführer Schirm-Calm über Zweck und Ziele des Milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses. Er behandelte in seinen Ausführungen das Für und Wider und kam dabei zu dem

Resultat, daß ohne einen Zusammenschluß der Zusammenbruch der Milchproduktion ein vollstündiger wäre. Während die Milchproduktion an 1914 1,3 Milliarden Liter betragen habe, betrage sie heute 4,9 Milliarden, so daß wir hier also ganz unabhängig vom Ausland geworden sind. Dem steht gegenüber, daß die Verbrauchertreue nicht mehr Milch aufnehmen können, sich die Produktion aber immer noch mehr steigere. Redner ging dann noch auf die Funktionen des Verwaltungsrats ein, der heute neben dem Milchpreis auch die Handelspanne um festzusetzen habe. Es sei deshalb auch notwendig, daß die Mitglieder des Zusammenschlusses des oberen Kalmdals dafür sorgen, daß sie im Verwaltungsrat der Milchlieferantmenge nach den Vorzügen und etliche Beförderer erhalten. Gemeindepfleger Kalmbach sei dafür der rechte Mann, der wie kaum ein anderer die Milch-

wirtschaft kenne und der sich auch mit der ganzen Kraft für das Interesse der Genossenschaft einsetze, wie er das auch seither immer getan habe.

An den Vortrag, der aufmerksam verfolgt wurde, schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in der auch der Unmut der Landwirte über die schlechte Entlohnung ihrer Arbeit zum Ausdruck kam. Nach dem Dank an Redner und Mitarbeiter, der seitens des Aufsichtsrats auch dem Vorsteher ausgesprochen wurde, konnte dieser die Versammlung schließen.

Erleichterungen im staatlich anerkannten freiwilligen Tuberkuloseuntersuchungsverfahren beim Rindvieh. Bei der Durchführung des staatlich anerkannten freiwilligen Tuberkuloseuntersuchungsverfahrens beim Rindvieh sind die Bestände jährlich zweimal tierärztlich zu untersuchen. Die bei der Durchführung des Verfahrens in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß namentlich in kleineren Beständen weitere Fälle von offener Tuberkulose selten werden. Aus diesem Grunde ist bei der Leitung des Verfahrens beantragte tierärztliche Bundesuntersuchungsamt versuchsweise ermächtigt worden, eine der beiden jährlichen Untersuchungen für solche Bestände, in denen bei zwei aufeinanderfolgenden Untersuchungen offene Tuberkulose oder Verdacht dieser Tuberkulose nicht mehr festgestellt worden sind, nachzulassen.

Stimmerefeld, 27. März. (Bürgermeisterwahl.) Bei der am gestrigen Sonntag stattgefundenen Wahl des Ortsvorstehers, die durch den Ablauf der Wahlzeit des seitberigen Bürgermeisters Meßger notwendig wurde, erhielt von 230 abgegebenen Stimmen Bürgermeister Meßger 221, Gemeindepfleger Schaible 53, sechs waren verpflottet. Meßger ist demnach mit großer Mehrheit gewählt. Im Anschluß an die Wahl wurde dem um die Gemeinde Stimmerefeld sehr verdienten Ortsvorsteher von der SA und der Hitlerjugend, vom Jungvolk und dem Kirchenchor eine Huldigung dargebracht. Nach dem Gesang des Kirchenchors brachte Harter Rehm dem Neugewählten Glückwünsche dar, ebenso Hauptlehrer Claf für den Kirchenchor und Scharführer Würster für die SA. Bürgermeister Meßger dankte in herzlichen Worten und versicherte, daß er weiter seine ganze Kraft zum Wohl der Gemeinde einsetze.

Leider kam es Abends noch zu einer wilden Schlägerei. Die Angreifer wurden noch am Abend verhaftet und die Beteiligten vernommen. Dies ist ein sehr bedauerlicher Ausgang des Wahltages, hat doch die Gemeinde seit Jahren bei allen Wahlen eine so erfreuliche Einmütigkeit an den Tag gelegt.

Bödingen, 27. März. (Waldbrand.) Gestern nachmittag gegen 4 Uhr wurde man plötzlich durch Feuerläuten überrascht. Sofort erkannte man, daß ein Waldbrand ausgebrochen ist. Die Feuerwehr und sonstige Leute suchten rasch nach dem schwer zu findenden Brandplatz. Auf demselben angekommen, war schon eine große Menschenmenge versammelt und hatte das Feuer so ziemlich gelöscht. Durch das starke Emporsteigen von Rauchwolken war es weit sichtbar und Bewohner aus Pfalzgrafenweiler, Neukirch ufm. leisteten große Hilfe. Die Feuerwehr aus Pfalzgrafenweiler mit Motorspritze eilte ebenfalls zur Hilfe herbei. Der Wald gehört dem Staat und die Brandfläche ist circa zwei Morgen groß im „Maidach“. Es ist zwanzigjähriger Bestand. Die Brandursache ist auf das Wegwerfen eines Streichholzes durch einen Spaziergänger zurückzuführen. Eine erneute ernste Warnung zur Vorsicht. Bei der Konfirmation, die heute gefeiert wurde (kommenden Sonntag findet sie in Bödingen statt), brachte der Feueralarm und der Waldbrand keine geringe Aufregung in die Festteilnehmer.

Sonnenhardt, 27. März. (Goldene Hochzeit.) Am gestrigen Sonntag durfte Joh. Braun und Frau Barbara das Fest der goldenen Hochzeit feiern. An der Feier beteiligten sich der Krieger- und Schützenverein. Nach der kirchlichen Feier wurden dem Jubelpaar vor dem Denkmal Gaben überreicht.

Calw, 27. März. In Stammheim wurde gestern von nationalsozialistischer Seite der dortige Konsumvereinsladen (eine Filiale vom hies. Konsumverein) zur Schließung gebracht, doch wurde die Angelegenheit später wieder geregelt.

Erklärung des Industrie- und Handelstages

Stuttgart, 26. März. Der Württ. Industrie- und Handelstag hat als Gesamtvertretung der Handelskammern des Landes dem Württ. Staatsministerium folgende Erklärung überreicht: Reichspräsident und Reichskanzler haben in der letzten, einflussvollen Kundgebung vom 21. März 1933 alle lebendigen Kräfte des Volkes, die guten und ernstlichen Willens sind, sich in den Dienst des Wiederaufbaues des Reiches zu stellen, zu einheitlicher Zusammenarbeit aufgerufen. Die großen und schweren Aufgaben, die hierbei auf dem Gebiete der schwer erschütterten deutschen Wirtschaft zu lösen sein werden, legen auch den Württ. Handelskammern und ihrer Gesamtvertretung, dem Württ. Industrie- und Handelstag, die Pflicht auf, sich freudig in den Dienst dieser Aufgaben zu stellen. Sie werden sich bei gleicher vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der nationalen württembergischen Regierung als lebendige Kräfte der einheimischen Wirtschaft und tragende Faktoren der deutschen Zukunft im Sinne der Potsdamer Ausführungen des Reichskanzlers erweisen.

Das württembergische Handwerk zur nationalen Bewegung

In einer Sitzung des Württ. Handwerkstammertages nahm dieser zu der durch den Regierungswechsel geschaffenen Lage Stellung. Er stellt sich durchaus hinter die neue Regierung, welche in ihrer schweren nationalen Aufbaubarbeit jeglicher Unterstützung seitens der Handwerkskammern gewiß sein kann. Sämtliche handwerklichen Organisationen werden zu dieser im Interesse des gesamten gewerblichen Mittelstandes und des deutschen Volkes liegenden Gemeinschaftsarbeit aufgerufen! Verborgt, daß die nationale Regierung sich bei ihren Maßnahmen zur Durchführung der bevorstehenden schweren Aufgaben in erster Linie von nationalwirtschaftlichen und völkischen Gesichtspunkten leiten läßt, wozu Handwerk und Gewerbe eine Stärkung und Gelandung ihrer Wirtschaft erhoffen, hält es die amtliche Berufsvertretung des württembergischen Handwerks für ihre oberste Pflicht, sich der Regierung im Kampfe gegen alle Hemmnisse einer nationalen Aufbaubarbeit zur Verfügung zu stellen.

Gauversammlung der Gewerbevereine

Die am gestrigen Sonntag im Saal des „Grünen Baum“ in Altensteig stattgefundene Gauversammlung der Gewerbevereine des nördlichen Schwarzwaldgaaes wies ein erfreuliches Interesse und einen guten Besuch auf. Besonders zahlreich waren die Gewerbevereine von Ragold, Pfalzgrafenweiler und Herrenald erschienen. Der Vorstand des hiesigen Vereins, Kaufmann Gustav Wucherer, begrüßte im Namen deselben alle zur Gauversammlung erschienenen, besonders Syndikus Eberhardt von der Handwerkskammer Reutlingen, den Vorsitzenden des Gaaes, Fabrikant Kapp-Ragold und den Landtagsabg. Böhner-Ragold, der mit seinem Erscheinen ein erfreuliches Interesse an dem Gewerbe zum Ausdruck brachte. Der Redner begrüßte es als eine große Ehre, daß Altensteig, allerdings nach einer langen Pause von 22 Jahren, zum Ort der Tagung gewählt wurde und gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Verhandlungen zum Ruhm und Frommen von Handwerk und Gewerbe sein mögen.

Hierauf ergriff Gauvorfand Fabrikant Kapp-Ragold das Wort, um die Versammlung, Sparsassendirektor Walz-Altensteig als Vertreter der Stadt, Syndikus Eberhardt und Landtagsabg. Böhner namens des Gaaes zu begrüßen. Er hob hervor, daß die heutige Gauversammlung unter einem besonderen Zeichen tags, an einer Zeitenwende, hervorgerufen durch die nationale Erhebung des Volkes. Nach wie vor stehe die Lösung wichtiger Fragen vor uns. Es bestehe nun aber die Hoffnung, daß es besser werde, nachdem das Volk die Konsequenzen aus der Vorführung durch den Marxismus gezogen habe. Der Redner wies auf den schweren Existenzkampf des Mittelstandes hin. Nun gelte es, daß man sich ganz hinter die neue Regierung stelle, die für den gewerblichen Mittelstand eintrete. Die staatlichen und städtischen Behörden hätten sich nicht immer mittelstandsfeindlich eingestellt. Als Vertreter der Stadt begrüßte nun Sparsassendirektor Walz die Versammlung, wünschte den Verhandlungen einen guten Verlauf und daß die auswärtigen Gäste einen recht guten Eindruck aus Altensteig mit nach Hause nehmen.

Landtagsabgeordneter Böhner-Ragold hob einleitend hervor, daß er nicht als Parteimann spreche. Die Nationalsozialisten seien keine Partei, sondern sie seien der Staat geworden. Nur wenn es dem Staate, dem Volke im Ganzen besser gehe, dann gehe es auch den einzelnen Berufen besser. Er erklärte dann seine Stellungnahme in der Steuerfrage der freien Berufe und zeigte, daß es nach den Vorgängen in anderen Ländern keinen Zweck habe, die freien Berufe mit der Gewerbesteuer zu belegen, wenn diese die Steuern wieder auf das Volk abwälzen, was dort geschehen sei. Er habe nur einen gerechten Steueranspruch verlangt. Auch die Filialsteuer erfülle nur ihren Zweck, wenn sie reichsgesetzlich geregelt werde. Politik müsse sein, Wirtschaftspolitik — aber keine Parteipolitik. Der Marxismus bedeute Chaos und Untergang eines jeden Volkes. Nun sei der Glaube an eine bessere Zukunft wieder in die Herzen der Menschen in Deutschland eingezogen. Man solle aber der neuen Regierung nicht zumuten, daß sie heute schon alle Maßnahmen ergreife, es gelte Wochen und Monate zuzusehen, denn erst müßten die Vorbedingungen geschaffen, vor allem der Beamtenstand erst wieder in die früheren Verhältnisse zurückgeführt werden. Der Redner hob hervor, daß 85 Prozent der Steuern vom Mittelstand getragen werden und nur 15 Prozent von den anderen Ständen. Deshalb müsse auch dem Mittelstand in erster Linie geholfen werden. Die Zeiten der Parasiten seien vorbei. Erst müsse nun dafür gesorgt werden, daß jeder Widerstand und Boykott beseitigt werde, dann erst könne an den Wiederaufbau gegangen werden. Die Parteipolitik sei hauptsächlich daran Schuld gewesen, daß es dem Handwerk so schlecht gehe. Der Handwerkerstand sei einer der besten Stützen des Staates und er müsse erhalten bleiben.

Nach diesen Begrüßungsansprachen konnte zur Tagesordnung übergegangen werden. Der Schriftführer des Gaaes, Stadtpfleger Schuster-Ragold, erstattete den Geschäftsbericht über das verflossene Jahr und hob zum Schluß seines Berichtes die Wichtigkeit hervor, den Glauben an uns selbst und den Glauben an unser Vaterland wieder zu gewinnen.

Fabrikant Eugen Renzler-Ragold erstattete den Kasienbericht, aus dem hervorging, daß der Gau wieder ein kleines Vermögen schaffen konnte. Nachdem Gauauschmittglied Essig-Calm namens der Prüfungskommission konstatiert hatte, daß die Kasienführung in bester Ordnung befunden wurde, konnte dem Kassier Entlastung erteilt werden.

Die Beratung der Anträge und Wünsche ging rasch vor sich. Vom Gewerbeverein Altensteig lagen zwei Anträge vor, 1. daß die amtlichen Gebühren für Post, Eisenbahn etc. ermäßigt und 2. daß die Pfändungsgrenze entsprechend dem heutigen höheren Geldwert herabgesetzt werden solle. Vorsitzender Kapp stimmte beiden Anträgen zu, ebenso die Gauversammlung.

Unter „Sonstiges“ konnte Landtagsabg. Böhner die erfreuliche Mitteilung machen, daß der Straßenbau Ragold-Altensteig genehmigt und die Mittel dazu bewilligt seien. Er selbst hat sich um diesen Straßenbau, wie aus seinen Ausführungen zu entnehmen war, schon sehr bemüht. Vester Tage hörte er von Bürgermeister Wauer-Ragold, der in Stuttgart war, daß Gefahr im Ver-

zug sei. Daraufhin richtete Böhner ein Schreiben an den Reichstagsabgeordneten Dr. Stähle nach Berlin, dessen Bemühungen an maßgebender Stelle den Erfolg zeigten, daß er nach Ragold telegraphieren konnte: „Staatsstrafen mittelsloeben genehmigt. Dr. Stähle.“ Für den Bau sind zunächst 420.000 Mark bewilligt. Diese Mittelungen über den genehmigten Straßenbau fanden lebhaften Beifall. Im übrigen konstatierte Landtagsabg. Böhner, daß er seither schon erklärt habe, daß solange diese Herren an der Macht seien wie seither, alles nichts helfe. Nun habe die Regierung einen tüchtigen Mann als Vertreter des Wirtschaftsministers berufen. Ueber die Verhältnisse, wie sie nach dem Sturz im württ. Wirtschaftsministerium angetroffen wurden, berichtete er nichts gutes. Alsdann brachte der Gewerbeverein Reuendürg noch interne Wünsche vor und Essig-Calm fragte über die Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels und über die Nachteile der verschiedenen Termine der Inventurabschlüsse in Württemberg und Baden. Brezing-Haiterbach kritisierte die allzuhohe Umsatzsteuer. Damit war auch der Punkt „Sonstiges“ erledigt.

Anschließend sprach Syndikus Eberhardt-Reutlingen. Einleitend hob er hervor, daß er immer dafür eingetreten sei, daß der Gedanke der Volksgemeinschaft in die Tat umgesetzt werde. Voll innerer Ueberzeugung trete man den Ausführungen des Reichskanzlers in der Regierungserklärung über den Mittelstand bei. Im übrigen sagte er über die Kammer selbst, daß sie nur Anträge stellen, aber keine Gesetze schaffen könne. Die Moral, die in Deutschland etwas gelitten habe, habe ihre Ursache hauptsächlich in der Inflation, die moralisch schlimmer gewirkt habe, als materiell. Schließlich wies er noch auf den Beschluß der Handwerkskammer hin, daß sie bereit sei, die nationale Regierung zu unterstützen, um als dann zu seinem Vortrag über die Geschichte der Handwerkspolitik im Verlauf der letzten Jahrzehnte überzugehen. Seine rückwärtigen Betrachtungen über die seitherige Handwerkspolitik waren äußerst interessant. Sie gipfelten in der Feststellung, daß auch ferner im Handwerk und Gewerbe die Selbsthilfe neben der Staatshilfe nötig sei. Als Selbsthilfe ist auch die von dem Redner erwähnte Einführung einer Handwerkskarte gedacht, die dafür sorgen soll, daß nicht berufsferne Elemente in das Handwerk hineinschlüpfen, sondern daß der Nachweis der Befähigung zur Ausübung eines Handwerks durch die Meisterprüfung nachzuweisen ist. Mit diesem Gegenentwurf soll eine gewisse Ordnung in den Beruf gebracht werden, die zweifellos sehr notwendig ist, es soll dem bestehenden Unwesen ein Damm entgegengesetzt werden zum Ruhm des soliden Handwerkerstandes. Zum Schluß seiner Ausführungen gab er der Hoffnung Ausdruck, daß wir den Platz an der Sonne behaupten und daß die Verhältnisse bald besser werden, mit den Worten Fichtes schließend:

Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben, an deines Volkes Vorsehen, laß diesen Glauben dir nicht rauben, trotz allem, allem, was gescheh.

Nach weiteren Ausführungen des Landtagsabgeordneten Böhner ging aus der Mitte der Versammlung der Antrag ein, die Gauversammlung möge wie folgt beschließen: „Die Gauversammlung erblidit in der Einführung der Handwerkerkarte durchaus mit ein Mittel zur Besserung der Verhältnisse im Handwerk und befürwortet die baldige Einführung derselben.“ Dieser Antrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und zum Beschluß erhoben.

Nachdem Syndikus Eberhardt noch betonte hatte, daß man im Unglück das Vaterland doppelt lieben müsse, ergriff Schuhmachermeister Schuler-Calm das Wort, klagte über den katastrophalen Preisverfall im Handwerk, der keinen Verdienst mehr lasse und gab seiner Freude Ausdruck, daß durch den politischen Umschwung Ansätze zu einer Besserung der Verhältnisse vorhanden seien. Den neuen Geist solle man auch in die Ortsvereine hineintragen und jeder solle so handeln, wie im zweiten Teil des oben zitierten Fichtewortes gesagt ist:

Und handeln sollst du so, als hinge von dir und deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge und die Verantwortung wär dein.

Gauauschmittglied Essig-Calm gedachte noch des letzter Tage verstorbenen Generalsekretärs Hermann, der früher Syndikus der Kammer war, und seiner großen Verdienste um Handwerk und Gewerbe, worauf sich die Versammlung zu Ehren des Verstorbenen von den Sihen erhob.

Zum Schluß konstatierte Gauvorfand Kapp, daß die heutige Gauversammlung von einem anderen Geiste getragen gewesen sei als seither. Nicht zuletzt haben dazu die letzten drei Wochen beigetragen, aber auch die Not. Er sagte herzlichen Dank dem Landtagsabg. Böhner, der gezeigt habe, daß er dem Mittelstand gegenüber seine Pflicht als Abgeordneter tue, ferner dankte er Syndikus Eberhardt und schloß mit der Bitte, daß die Gedanken, die heute gehört wurden, umgesetzt werden in die Tat, daß jeder Einzelne in nationaler Hinsicht alles tun solle und daß auch die künftigen Gauversammlungen vom gleichen Geiste getragen sein möchten, wie die heutige.

Über 270 Stuttgarter Kommunisten in Schutzhaft genommen

Stuttgart, 26. März. Dem Polizeipräsidenten wird mitgeteilt: In der vergangenen Nacht wurden in Groß-Stuttgart zahlreiche Funktionäre der KPD in Schutzhaft genommen. Etwa 400 Durchsuchungen führten zu über 270 Festnahmen. Bei verschiedenen Personen wurden Waffen und verbotenes Material gefunden. Sämtliche Schutzhaftlinge wurden noch in der Nacht nach dem Lager Heuberg verbracht.

Verbot der Jugendweiben

Stuttgart, 26. März. Da die von kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen veranstalteten „Jugendweiben“ der antikirchlichen und antireligiösen Propaganda dienen und daher geeignet sind, die christlichen Grundlagen des Staates zu untergraben, hat der Polizeikommissar für das Land Württemberg die Vorbereitung und Veranstaltung derartiger Jugendweiben verboten.

Landeskommissar für die württ. Polizei

Stuttgart, 26. März. Wie der „NS-Kurier“ erfährt, hat Innenminister Murr die Leitung der württ. Polizei an einer Stelle, die dem Innenministerium untersteht, zusammengefasst. Zum Sonderkommissar für die Polizei ist der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Pfannen-Schwarz-Kim bestellt worden.

Zu weiteren Landeskommissaren wurden berufen Hauptmann a. D. Alfred Müller für den Arbeitsdienst, Major a. D. Salsborn für Gas- und Luftschutz.

Keine jüdischen Strafrichter

Stuttgart, 26. März. Das württ. Justizministerium hat Anordnung getroffen, dass jüdische Richter künftig in Straf-sachen nicht mehr tätig sein dürfen und dass jüdische Beamte nicht mehr als Staatsanwälte und Amtsanwälte verwendet werden. Das Justizministerium hat sich veranlasst gesehen, die sofortige Entlassung der Anhänger der KPD und ihrer Hilfsorganisationen aus sämtlichen Richterstellen anzuordnen. Damit ist die Gefahr beseitigt, dass Kommunisten noch als Geschworene, Schöffen oder sonstige Beisitzer tätig werden.

Die Dienstaltersgrenze der Beamten in Württemberg herabgesetzt

Stuttgart, 26. März. Das Staatsministerium hat durch eine Kabinettsverordnung, die demnächst im Regierungsblatt erscheinen wird, die Altersgrenze der Beamten vom 67. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt und bestimmt, dass ein Beamter auf seinen Antrag oder von Amts wegen in den Ruhestand versetzt werden kann, wenn er das 60. (bisher das 65.) Lebensjahr an-

erreichet hat und durch sein Alter in seiner Tätigkeit abnimmt. Im feinen Nebenamtsdienst für den Staat entlassen zu lassen, bestimmt die Verordnung unter Befristung bis zum 31. März 1937, dass neuernannte und beförderte Beamte erst nach 10 Monaten in die Bezüge der neuen Stelle einrücken. Dadurch sollen aber Beamte, die in diesen 10 Monaten mit Versorgungsberechtigung ausscheiden, nicht benachteiligt werden. Die Frage, ob und inwieweit für die Hochschullehrer und die Beamten der Gemeinden und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts ähnliche Bestimmungen zu erlassen sind, wird alsbald geprüft werden.

Personalveränderungen in der Staatsverwaltung

Stuttgart, 26. März. Wie der „NS-Kurier“ hört, hat das Gesetz über Herabsetzung der Altersgrenze insofern bereits bedeutende Auswirkungen gehabt, als verschiedene höhere Beamte in den Ministerien demnächst ausscheiden dürften. Die Neubesetzung der freiwerdenden Stellen dürfte in Kürze erfolgen. Es ist anzunehmen, dass ins Innenministerium Landtagspräsident Rechtsanwalt Dr. Jonathan Schmid — als Ministerialdirektor — berufen wird. Staatsrat Rau wird nach dem neuen Gesetz ausscheiden. Die grundsätzliche Bedeutung des Gesetzes liegt darin, dass nun die jüngere Beamtenschaft, insbesondere Professoren und Referendare, deren Kollaterale durch die geringe Zahl von freiwerdenden Stellen besonders groß war, eine wesentliche Erleichterung ihrer Lage erfahren wird.

Aus dem Gerichtssaal

Lebenslängliches Zuchthaus im Totschlagprozess Kreuzer

Darmstadt, 25. März. Wegen gemeinsamen Raubmords und Totschlags, begangen an der 54jährigen, im Ruhestand lebenden Postbeamtin Kreuzer, wurden die beiden jungen Täter, der 23jährige Gürtler Georg Hansmann, und der 23jährige Müller Hermann Diebler, vom Schwurgericht Darmstadt zu lebenslänglichem Zuchthaus und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Acht Jahre Zuchthaus für einen kommunistischen Funktionär

Beuthen (Oberschlesien), 24. März. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte die Strafkammer gegen den kommunistischen Funktionär, Bergarbeiter Emil Bergengrün aus Niederschlesien, und verurteilte ihn wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Bei einer Hausdurchsuchung waren Sprengstoff sowie kommunistische Zerkleinerungschriften gefunden worden.

Better für Dienstag

Infolge des östlichen Hochdrucks ist für Dienstag immer noch heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Beste Nachrichten

Großfeuer in der odeschwäbischen Stadt Teuschnitz
Teuschnitz, (Oberschwaben) 26. März. Die in den letzten Jahren schon wiederholt von schwerem Schindelfeuer heimgesuchte Stadt Teuschnitz wurde am Sonntag von einer neuen Feuersbrunst schwer betroffen. Am Nachmittag war in einem Stadel eines Landwirts Feuer ausgebrochen, das sich mit großer Geschwindigkeit weiter verbreitete. Es fielen dem Großfeuer 14 Wohngebäude und Nebengebäude, sowie 20 Stadel zum Opfer. Das Teuschnitzer Bezirksamtsgebäude, das bereits stark bedroht war, konnte gerettet werden.

Vor Einführung der Arbeitsdienstpflicht

Bemerkenswerte Ausführungen des Reichskommissars

Berlin, 27. März. Der neu ernannte Reichskommissar für den Arbeitsdienst, Mahnke, machte, nach einer Meldung des „Angriff am Montag“ bemerkenswerte Ausführungen über den Arbeitsdienst. Der Redner erklärte u. a., dass schon in den nächsten Tagen die Arbeitsdienstpflicht als Bestandteil eines Generalplanes zur Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Not beschlossen werden würde. In den verschiedenen Bezirken müssten dann sofort die vorhandenen Führerstäbe einberufen werden. Schon im Sommer hoffe man, organisatorisch soweit zu sein, dass genügend Führerstäbe vorhanden seien, um bereits ganze Jahrgänge zur Arbeitsdienstpflicht einzuberufen.

Schwere Rodelfälle im Riesengebirge

1 Tote, 3 Schwerverletzte

Hirschberg, 27. März. Im Laufe des Sonntag nachmittag ereigneten sich auf der Rodelbahn zwischen der Neuen Schiffschen Baude und der sogenannten Zacherlsch-Baude bei Schreiberhau mehrere schwere Rodelfälle. Ein mit drei Personen besetzter Rodelschlitten, über den der Führer die Kontrolle verloren hatte, wurde aus der Bahn gegen einen Baum geschleudert. Dabei erlitt eine Dame aus Berlin einen schweren Schädelbruch und verstarb bereits auf dem Transport nach der Zacherlschbaude. Die beiden anderen Fahrer, ebenfalls aus Berlin, wurden mit Verletzungen und Knöchelbrüchen in das Schreiberhauer Krankenhaus eingeliefert. Mit einem anderen Schlitten verunglückte ein Mitglied des Freiwilligen Arbeitsdienstes aus Schreiberhau; er trug einen Oberschenkelbruch davon.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Verantwortlich für die Schriftleitung: E. Laufer

Gewerbebank Altensteig

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Vermögensteile Bilanz pro 31. Dezember 1932 Schulden

Vermögensteile		Bilanz pro 31. Dezember 1932		Schulden	
RM	Stk	RM	Stk	RM	Stk
Kasse, fremde Geldsorten	19 789	33	Geschäftsguthaben	179 450	—
Wechsel	62 148	78	Reservefond	45 542	—
Wertpapiere	4 524	25	Aufwertungsfond	31 000	—
Guthaben bei Banken	28 680	84	Einlagen in laufender Rechnung	187 947	43
Laufende Rechnung (Schuldner)	748 045	70	„ auf Sparkonto	458 417	65
Vorschüsse gegen Wechsel	64 000	—	Schulden bei Banken	5 314	—
Beteiligung (Zentralkasse)	6 000	—	Weiterbegebene Vorschußwechsel	27 300	—
Bankgebäude	15 000	—	Vorausempfangener Diskont	1 100	—
Geschäftseinrichtung	100	—	Reingewinn	12 217	82
Bürgschaftsforderung	RM. 5750.—	—	Bürgschaftsverpflichtung	RM. 5750.—	—
				948 288	90

Gesamtumsatz RM. 8 719 132.—

Mitgliederzahl am 1. Januar 1932: 423, eingetreten 12, ausgeschieden 34 (freiwillig 15, durch Tod 11, durch Ausschluss 8). Stand am 1. Januar 1933: 401. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug am 31. Dezember 1932 RM. 179 450.— (gegen RM. 183 111.— am 31. Dezember 1931).

Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 31. Dezember 1932 RM. 401 000.—
am 31. Dezember 1931 RM. 423 000.—
somit Abnahme RM. 22 000.—

Altensteig, den 27. März 1933.

Vorstand:

Wucherer. Burghard. Mezger.

Dienstag und Freitag (Abfahrt 7.30 Uhr.)

Fahrt nach Stuttgart

Anmeldungen im Volkshof Grüner Baum, Telefon 280.

Altensteig.

Bestellungen auf innerhalb 8 Tagen eintreffende:

Frische Flandern-Eier

gelb. Dotter Ersatz für Veneto Italiener.
frische Kamünen- und Bulgaren-Eier, dunkel Dotter
frische Land-Eier in Kisten à 600, 720 und 1200 Stück,
sowie im Anbruch zu billigsten Tagespreisen.

Ehr. Burghard jr.

Grünen Baum Lichtspiele

Heute abend 8.30 Uhr noch einmal

Im Geheimdienst

Gesucht

für ein Warenauslieferungslager eheliche Person am Plage oder Umgebung, auskömmlicher Verdienst. Betriebskapital RM. 90.— bis 150.— erforderlich. Fachkenntnisse nicht nötig.

Dofferte unter Nr. 280 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Eine 39 Wochen trächtige, ans Fahren gewöhnte



Ralbin

verkauft

Gruß, Hefelbronn.

Altensteig.

Danksagung.



Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Gatten, Vaters und Sohnes

Karl Rauser

Malermmeister

von allen Seiten erfahren durften, für die Kranzniederlegung am Grabe, sowie für die zahlreichere Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, sagen auf diesem Wege herzlichen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frida Rauser mit Kind.

Altensteig.

Danksagung



Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Erschlafenen

Johannes Bauer

Zementeur

danken wir auf diesem Wege herzlich. Ganz besonders danken wir dem Herrn Stadtpfarrer für seine trostreichen Worte, sowie dem Liederkranz für seinen erhebenden Gesang, dem Kriegerverein, sowie dem Vorstand der Ortskrankenkasse für ihren lieben Nachruf und Kranzniederlegung, wie auch allen denen, die ihn zur letzten Ruhe begleiteten.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Therese Bauer Witwe.

